Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise bei Bezugsgebühr: Für Auer und Umgegend 36 Pfennige, auswärtige Anzeigen 40 Pfennige, Reklamezeile 90 Pfennige, auswärtige Reklamen 1 Reichsmark, amtliche Zeile 60 Pfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 191 — Dienstag, den 18. August 1931 — 26. Jahrgang

Brüning über die internationale Wirtschaft

Der Kanzler prophezeit den schlimmsten Winter für Europa

London, 15. August. „Daily Mail" bringt aus einem Gespräch des Reichskanzlers mit dem nach Berlin entsandten Sonderkorrespondenten Ward Price folgende Aeußerungen des Kanzlers: Die Nationen Europas müssen ihre Kräfte vereinen, um der gemeinsamen Gefahr zu begegnen. Ich schlage dringend vor, daß die verantwortlichen Staatsmänner Europas so bald als möglich zusammenkommen, um die Festsetzung internationaler Preise für Güter derselben Qualität und die Ausmerzung halsabschneiderischer industrieller und kommerzieller Konkurrenz zu erörtern. Schließlich würde ich gern internationale Besprechungen zur Regulierung der hohen Zolltarife sehen, und ich freue mich, sagen zu können, daß dies nicht nur ein frommer Wunsch ist. Ich habe bereits private Besprechungen für derartige Dinge mit den Premierministern von Großbritannien und Italien gehabt, ich kann indessen darüber nicht mehr sagen, bis ich Gelegenheit gehabt habe, dieselben Angelegenheiten mit dem französischen Premierminister zu besprechen. Von überragender Notwendigkeit ist es, daß die Nationen Europas an den Frieden für viele, viele Jahre glauben. Ich bin überzeugt, daß die Bevölkerung jedes westeuropäischen Landes Frieden braucht. Ich habe versucht, die französische Nation von der Aufrichtigkeit von Deutschlands Wunsch nach einem dauernden Frieden zu überzeugen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas führte der Kanzler auf folgende Ursachen zurück:

1. Ueberindustrialisierung der kleinen neuen Staaten.
2. Rückgang der Kaufkraft in China und Indien.
3. Uebertriebene Zolltarife in der ganzen Welt.
4. Künstliche Leitung des Flusses der Zahlungen infolge von Deutschlands Reparationsverpflichtungen.

Wenn man die Wege zu allgemein besseren Bedingungen untersuche, dann stoße man sehr häufig freilich gegen den Friedensvertrag. Den Kommunismus bezeichnete er als Deutschlands größte innere Gefahr.

Berlin, 15. August. Zu dem in der „Daily Mail" veröffentlichten angeblichen Interview des Reichskanzlers mit dem Chefredakteur des genannten englischen Blattes wird von unterrichteter Seite darauf hingewiesen, daß es sich nicht um ein Interview, sondern um eine zwanglose Unterhaltung des Reichskanzlers mit dem Chefredakteur G. Ward Price gehandelt hat.

Neue Todesdrohungen gegen die Polizei

Berlin, 17. August. In der Suarezstraße in Charlottenburg haben unbekannte Täter auf den Fahrdamm folgende Aufschrift gemalt: „Schupos schießt nicht! R.F.B. schießt nieder für jeden erschossenen Arbeiter 10 Schupos." Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Bisher fünf Verhaftungen wegen des Verdachtes der Vorbereitung des Schupo-Mordes

Berlin, 15. August. Gegen fünf von den im Zusammenhang mit der Untersuchung der Bülow-Krawalle festgenommenen 28 Kommunisten sind vom Untersuchungsrichter Haftbefehle erlassen worden. Dabei handelt es sich in erster Linie um vier Mitglieder der kommunistischen Kolonne aus der Fransecky-Straße, die in dringendem Verdacht steht, daß sie von der beabsichtigten Ermordung der Schupooffiziere vorher gewußt, sich also der Vorbereitung eines solchen Verbrechens sowie der Unterlassung einer Anzeige schuldig gemacht haben. Der Fünfte ist ein gewisser Zacho, der bei den Unruhen am Bülow-Platz einen Schuß in den Fuß erhielt, in eine Wohnung in der Nähe flüchtete und schließlich entdeckt wurde. Dabei fand man eine Ortgies-Pistole, deren Gebrauch bei Kommunisten vielfach festgestellt wurde. Zacho wird sich wegen Landfriedensbruches und unbefugten Waffenbesitzes zu verantworten haben.

Politische Zusammenstöße in Köln

Köln, 17. August. In der Nacht zum Sonntag kam es am Römerturm zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zu Zusammenstößen. Ein Kommunist wurde hierbei durch Messerstiche verletzt, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Täter ist noch nicht ermittelt.

Zeitungsverbot

Wuppertal, 15. August. Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat die „Bergisch-Märkische Zeitung" auf die Dauer von acht Tagen, vom 14. bis 21. August, wegen des Inhaltes eines Inserates, das zum Volksentscheid aufforderte, verboten.

Einführung der Fünftagewoche in den Vereinigten Staaten geplant

Neuyork, 15. August. Regierungs- und Wirtschaftskreise beschäftigen sich mit Vorschlägen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, namentlich mit dem Plan einer Einführung der Fünftagewoche in den Vereinigten Staaten, der von der Handelskammer befürwortet wird. Die Verwirklichung dieses Planes würde es ermöglichen, eine bestimmte Anzahl von Arbeitern und Angestellten während des größten Teiles des Jahres zu beschäftigen. Präsident Hoover prüft diesen Vorschlag, der einem Antrag auf staatliche Arbeitslosenunterstützung in der nächsten Session des Kongresses zuvorkommen will.

Schwere Ausschreitungen in Manchester

London, 17. August. Aufregende Szenen spielten sich gestern in Manchester vor einer Polizeiwache ab. Bei einer Razzia in einem Hause, wo Glücksspiele gespielt wurden, waren 15 Männer festgenommen. Darauf versuchte eine Menge von über 2000 Personen das Polizeigebäude zu stürmen und die Gefangenen zu befreien. Bei den Ausschreitungen, die über anderthalb Stunden dauerten, wurden Steine und Schmutz gegen die Polizei geworfen. Mehrere Polizisten wurden verletzt. 40 Personen müssen sich heute im Zusammenhang mit den Unruhen vor dem Polizeirichter verantworten.

Die Baseler Beratungen

Basel, 16. August. Das von Albert H. Wiggins präsidierte Finanzkomitee für die Prüfung der Finanzlage in Deutschland hielt heute eine überaus lange Sitzung ab. Die Beratungen dauerten bis 20.40 Uhr. Daneben nahmen die Verhandlungen der verschiedenen Bankiergruppen, die im Stillhaltekomitee vereinigt sind, ihren Fortgang. Das Finanzkomitee nahm in erster Linie Kenntnis von den im Stillhaltekonsortium aufgetauchten Schwierigkeiten, speziell was die Frage der ausländischen Markguthaben in Deutschland betrifft. Weiter setzte das Finanzkomitee die Beratung des von Sir Walter Layton erstatteten Berichts fort. Der Bericht befaßt sich speziell mit der Frage der Gewährung neuer Kredite an Deutschland sowie der Umwandlung kurzfristiger in langfristige Kredite. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Die entsprechenden Entschließungen sollen erst morgen in einer Sitzung, die auf 16 Uhr angesetzt ist, durchberaten werden. Das Komitee hält sich streng an den von der Londoner Konferenz gegebenen Auftrag, was aus dem Bericht mit aller Deutlichkeit hervorgeht. Die Experten haben endgültig auf den Plan einer Reise nach Berlin verzichtet. Sie hoffen, sofern es dem Stillhaltekomitee gelingt, die noch bestehende Hauptdifferenz bezüglich der Markguthaben bis Dienstag aus der Welt zu schaffen, ihre Arbeiten am Mittwoch abschließen zu können. Das Stillhaltekonsortium wird am Montagvormittag seine Arbeiten fortsetzen. Bis dahin werden die deutschen Delegierten im Besitz neuer Instruktionen bezüglich ihrer Stellungnahme zu den umstrittenen Punkten sein.

Jetzt MacDonald:

„Nerven behalten!"

London, 15. August. Macdonald richtet von Lossiemouth aus, wohin er sich während des Wochenendes begeben hat, durch die Presse einen Aufruf an das englische Volk, in der gegenwärtigen Krise nicht die Nerven zu verlieren. In dem Aufruf heißt es:

„Wir müssen aushalten; hört nicht auf die Alarmnachrichten. Im Grunde genommen, ist das Land gesund. Unsere Schwierigkeiten sind kein Ergebnis schlechter Finanzmethoden, sondern eine Folge der schlechten Wirtschaftslage, und bedeuten nicht, daß gerade England allein sich in einer schwierigen Lage befindet. Gerüchte, daß nichts geschehe, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, sind unwahr. Die Regierung geht mit allen Mitteln an die Arbeit. Mit verringertem Volkseinkommen müssen aber verringerte Ausgaben Hand in Hand gehen. Notmaßnahmen sind erforderlich, um mit den Hilfsquellen des Landes haushälterisch umzugehen. Von diesen soll aber nicht eine Bevölkerungsschicht allein betroffen werden, sondern jedermann muß herangezogen werden, um dem Land über die schlechte wirtschaftliche Lage hinwegzuhelfen. Kürzungen in den Ausgaben werden ergänzt werden müssen durch besondere Lasten derjenigen, die sie tragen können. Aber diese Lasten sollen auf das niedrigste Maß herabgeschraubt werden, das die Lage erlaubt."

Anfechtung des Volksentscheidergebnisses

Berlin, 16. August. Der Stahlhelm hat nunmehr in einem an den Landeswahlleiter gerichteten Schreiben das Ergebnis des Volksentscheids in Preußen angefochten. In der Begründung wird u. a. ausgeführt, daß in den Stimmlisten Verstorbene nicht gestrichen, Verzogene doppelt eingetragen, Behinderte (Entmündigte und Geisteskranke) als stimmberechtigt aufgeführt, bei Personen des Soldatenstandes das Ruhen des Stimmrechts nicht berücksichtigt und Ausländer als stimmberechtigt angegeben worden seien. Nach einer auf Stichproben gegründeten Berechnung würde allein die Berichtigung dieser Fehler die Gesamtzahl der Stimmberechtigten um etwa zwei Millionen senken. Andererseits sei die Zahl der Zustimmenden dadurch zum Nachteil des Volksentscheids gesenkt worden, daß in den Stimmlisten zahlreiche Stimmberechtigte widerrechtlich gestrichen seien, die noch beim Volksbegehren sich eingetragen hätten. Die Berichtigung dieses Fehlers würde die Zahl der Ja-Stimmen um etwa eine Million steigern. Zu diesen Beeinträchtigungen des Wahlergebnisses kämen noch Ungültigkeitserklärungen deutlich gekennzeichneter Stimmzettel durch Abstimmungsvorsteher, sowie Behinderung oder Beeinflussung der Abstimmung, insbesondere durch verfassungswidrigen Terror.

Das Schreiben schließt mit den Worten: „Wir haben Grund, diese Einwirkungen insgesamt so einzuschätzen, daß bei ihrer Berücksichtigung das Abstimmungsergebnis den Erfolg des Volksentscheides ergeben würde".

Keine Erörterung der Kriegsschulden- und Reparationsfrage zwischen Stimson und MacDonald

Washington, 15. August. Staatssekretär Stimson, der zur Zeit in Schottland weilt, hat in einem Telegramm das Gerücht, wonach er mit Premierminister MacDonald die Frage der Kriegsschulden und der Reparationen erörtert habe, für unrichtig erklärt.

Frankreich bleibt halsstarrig

Flandin über Wirtschafts- und Finanzfragen

Paris, 16. August. Finanzminister Flandin hat einem Vertreter des Echo de Paris gegenüber Erklärungen über die wirtschaftliche und finanzielle Lage abgegeben, die am Montagmorgen veröffentlicht werden. In seinen Erklärungen nimmt er Bezug auf den Feldzug, der gegenwärtig für die allgemeine Annullierung der Kriegsschulden und der Reparationen geführt wird. Gegen die bereits vorgesehene Möglichkeit, daß eine Herabsetzung der französischen Kriegsschulden gegenüber seinen Gläubigern auch Deutschland zugute komme, habe Frankreich nichts einzuwenden.

Was jedoch den rein französischen Anteil der deutschen Reparationszahlungen anbetreffe, so gleiche er die Wiederherstellung der Kriegsschäden nicht aus. Niemand in Frankreich, welcher Partei er angehöre, habe jemals zugegeben, daß Frankreich auf ein Recht verzichten könne, das nicht allein in den Verträgen niedergelegt sei, sondern das den Gerechtigkeitswillen des Gewissens der Völker ausdrücke.

Zur Ueberwindung der gegenwärtigen Krise hält Finanzminister Flandin es für notwendig, daß der Kredit wiederhergestellt werde und dazu sei Wiederherstellung des Vertrauens das sichere Mittel. Es müsse neues Kapital gebildet werden, indem man die Verschwendungssucht der Staaten und der Einzelpersonen auf allen Gebieten vermindere. Zur Organisierung des Warenhandels hält Flandin für notwendig, auf den Wirtschaftskrieg zu verzichten, der sich u. a. in Dumpings, Tarifgestaltung, Verboten, Ausfuhrprämien äußere. Zum Ausgleich von Erzeugung und Verbrauch müsse man zwar Kapitalien in den neuen Ländern investieren, aber vorsichtig, und man müsse davon absehen, überleistungsfähige Produktionsmittel und übertriebene Lagerhaltungen künstlich zu finanzieren.